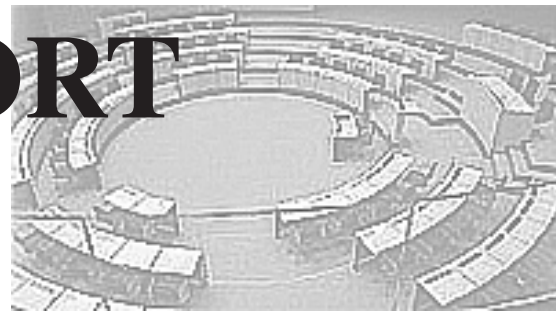


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im
Thüringer Landtag



Solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer und ihrer Familien

Sondersitzung zu Opel mit demonstrativem Schulterschluss von Landesregierung und Parlament

Dies ist ein schwarzer Tag für Thüringen“, hatte Bodo Ramelow am 4. November angesichts der Kehrtwende beim US-Autokonzern General Motors, Opel nun doch nicht zu verkaufen, erklärt. Am nächsten Tag hatte die Thüringer Allgemeine sogar eine komplette Hälfte ihres Titelblatts zu Opel in Schwarz gehalten.

Auf Antrag der LINKEN fand am 10. November eine Sondersitzung des Thüringer Landtags mit dem Titel „Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und den Zulieferern“ statt. Die Fraktion wollte „das Parlament in Gänze auffordern, in dieser, für die Beschäftigten bei Opel und den Zulieferern in Thüringen extrem angespannten Situation deutlich zu machen, dass der Landtag solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer und ihrer Familien steht“, betonte Fraktionschef Bodo Ramelow.

Es gelang schließlich eindrucksvoll und unter den Augen etlicher Opelner auf der Besuchertribüne, dass sich Regierung und Landtag über Parteigrenzen hinweg demonstrativ hinter die Autobauer und die Beschäftigten in der Zulieferindustrie stellten.

Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) hatte mehrmals betont, wie richtig und wichtig er diese Sondersitzung findet, denn es gehe um ein „klares Signal der Solidarität“. Es bestehe das Angebot der Landesregierung, „mit allen Fraktionen zusammenzuarbeiten“. Machnig betonte: „Wir müssen einen

gemeinsamen Weg finden und gemeinsame politische Antworten formulieren.“ Gebraucht würden ein Restrukturierungs-, ein Innovations- und ein Wachstumskonzept.

In Auseinandersetzung mit dem Antrag der FDP-Fraktion, die an dieser Stelle als einzige ausscherte, hatte Bodo Ramelow – Auszüge aus seiner Rede auf S.9 – eine Prüfung von Alternativen zurückgewiesen. Vielmehr gehe es darum, alles für den Erhalt und die Zukunft von Opel Eisenach zu tun. In diesem Sinne schlug er vor, die Anträge zur Beratung in die Ausschüsse zu überweisen und „das klare Bekenntnis zu Opel an diesem Tag nicht klein zu reden“.

Die Fraktionen folgten diesem Vorschlag. Uwe Barth (FDP) konnte es jedoch nicht lassen, den Fraktionschef der LINKEN zu belehren, dass es „Aufgabe des Staates“ sei, „Wirtschaftsförderung zu betreiben und nicht selbst Unternehmer zu sein, Herr Ramelow“. Die neoliberale Litanei wurde selbst dem CDU-Abgeordneten Gustav Bergemann zuviel: „Ich habe Sie, Herr Barth, nicht in Eisenach vorige Woche gesehen, wo wir Solidarität geltend gemacht haben.“

Die Eisenacher LINKEN-Abgeordnete Katja Wolf sprach den Opelanern aus dem Herzen als sie den Psychoterror beschrieb, den sie seit Wochen erleben müssen. (Regelwidriger) Beifall von der Besuchertribüne als die Abgeordnete

betonte: „Wir stehen hinter dem Werk und wenn es sein muss mit euch jede Woche vor eurem Werk.“

Die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) nannte Opel „das Start begleitende Thema dieser Landesregierung schlechthin“. Die Länder mit Opel-Standorten müssten deutlich machen, dass sie sich nicht auseinanderdividieren lassen. Sie sei allen Fraktionen „dankbar, dass und wie diese Debatte geführt wurde“.

Nachdem inzwischen der Bundeswirtschaftsminister erklärt hatte, dass GM staatliche Hilfen zur Opel-Sanierung höchstens von den vier betroffenen Bundesländern erwarten könne, hatte dies der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN, Dieter Hausold, zurückgewiesen: „Erst macht die Bundesregierung Opel zur Chefsache und jetzt lässt man die Opelner fallen. Nicht nur die Länder tragen Verantwortung für ihre Automobilstandorte, gerade der Bund ist in der Pflicht, wenn es um die Sicherung vieler tausend Arbeitsplätze und Existenzen geht. Unsere Forderung nach der Gründung eines europaweiten Unternehmens Opel steht weiter und wäre die einzig richtige Lösung, um den Beschäftigten bei Opel und in den in den Automobilzulieferbetrieben sowie der europäischen Automobilbranche insgesamt eine Zukunft zu geben.“ Die vom Thüringer Wirtschaftsminister angekündigte Task-Force-Opel müsse umgehend aktiv werden. ■

KOMMENTIERT:

von Birgit Keller

Kahlschlag verhindern

Angesichts der für Thüringen prognostizierten dramatischen Steuerausfälle ist zu befürchten, dass es zu weiteren Einschnitten ins soziale System kommt. Die aktuelle Entwicklung zeigt, wie irrsinnig das Gerede von der so genannten Schuldenbremse in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise war und ist. Vielmehr ist jetzt wichtig, Kürzungsorgien der neuen Landesregierung bei der sozialen Infrastruktur zu verhindern.“

Notwendig ist es jetzt vor allem, eine weitere Reduzierung der Binnennachfrage zu verhindern, Investitionen zu sichern und die Kommunen mit angemessenen Finanzmitteln auszustatten. Einsparungen in der Landesverwaltung sind natürlich auch möglich, aber ohne eine umfassende Funktional- und Verwaltungsreform in Thüringen kann ein großer Wurf nicht gelingen.

Die Landesregierung muss sich außerdem im Bundesrat stärker für die Sicherung der Landeseinnahmen engagieren. In diesem Zusammenhang geht es insbesondere um eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und Einkommen. Die aktuellen Steuergeschenke der Bundesregierung kommen bei vielen nicht an und sind daher kontraproduktiv.

Die Landesregierung ist dringen aufgefordert, unverzüglich die Eckdaten des Landeshaushalts 2010 und eine Orientierungsplanung für die Kommunen auf den Tisch zu legen, damit diese vernünftige Haushaltsplanungen erstellen können. Die Ungewissheit verunsichert viele Träger sozialer und kultureller Einrichtungen bei der Finanzausstattung im kommenden Jahr und gefährdet zudem kommunale Investitionen. In der Folge verstärkt sich die Finanzkrise bei den Kommunen weiter.

Damit die Landesregierung jetzt Farbe bekennt hat unsere Fraktion für die Landtagsitzung am 19. November eine Aktuelle Stunde zu den Ursachen und Auswirkungen der noch fehlenden kommunalen Haushaltsentwürfe beantragt. ■

AKTUELL

Strippenzieher der Koalition mit Posten belohnt

In der Landtagssitzung am 4. November – rund zwei Monate nach der Landtagswahl – hatte die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht die neun Minister der CDU-SPD-Landesregierung ernannt. Dazu hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE kritisiert: „Die CDU hatte nicht die Kraft, auf Protagonisten des Systems Althaus zu verzichten, die SPD hat Strippenzieher der Koalition mit einem Posten belohnt.“

Dem neuen Kabinett gehören weiterhin an:

Christoph Matschie (SPD) – stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Matthias Machnig (SPD) – Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Heike Taubert (SPD) – Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit

Dr. Holger Poppenhäger (SPD), Justizminister

Marion Walsmann (CDU) – Finanzministerin

Jürgen Reinholz (CDU) – Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Prof. Dr. Peter Huber (CSU/CDU) – Innenminister

Dr. Jürgen Schönig (parteilos) – Minister in der Staatskanzlei und für Bundes- und Europaangelegenheiten

Christian Carius (CDU) – Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Staatssekretäre:

Kultus: Prof. Dr. Roland Merten und Prof. Dr. Thomas Deufel, Wirtschaft: Jochen Staschewski, Soziales: Dr. Hartmut Schubert, Justiz: Prof. Dr. Dietmar Herz, Finanzen: Dr. Rainer Spaeth, Agrar: Roland Richwien, Innen: Jörg Geibert. Die einzige Staatssekretärin sitzt mit Dr. Marion Eich-Born im Verkehrsministerium. Auch der neue Regierungssprecher Peter Zimmermann befindet sich im Rang eines Staatssekretärs.

„Mit einer Ministerpräsidentin, zwei Ministerinnen und nur einer Staatssekretärin hat die neue Landesregierung die Chance verpasst, mehr weibliche Kompetenz in die Führungsriege zu holen“, sagte MdL Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der LINKEN. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Lohndiskriminierung

„Das Problem der Lohndiskriminierung von Frauen ist in Thüringen hinlänglich bekannt, wird aber konsequent ignoriert“, kritisierte MdL Ina Lefkfeld angesichts neuester Statistiken. Die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern liegt in der Europäischen Union bei 15 Prozent, in Deutschland bei 23 Prozent. Frauen werden in Teilzeitarbeitsverhältnissen und Niedriglohnjobs gedrängt und haben kaum Chancen, sich in Führungspositionen zu bewähren. Der Anteil erwerbstätiger Frauen in Thüringen, die weniger als 700 Euro netto im Monat verdienen, liegt mittlerweile bei 40 Prozent. DIE LINKE hat jetzt erneut einen Gesetzentwurf für ein Thüringer Vergabegesetz in den Landtag eingebracht, der als Vergabekriterien u.a. die Zahlung eines Mindestlohnes von 8,00 Euro pro Stunde sowie die Berücksichtigung von Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben enthält. Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 21 oder mehr haben den Nachweis über einen betrieblichen Frauenförderplan entsprechend den Bestimmungen des Thüringer Gleichstellungsgesetzes zu erbringen. Die Reaktion im Landtag bleibt abzuwarten, „zumal der Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses selbst als Arbeitgeber fungiert und in seinem Geschäftsbereich vorwiegend Frauen beschäftigt, die im absoluten Niedriglohnbereich Thüringens – dem Friseurhandwerk – tätig sind“.

NPD-Verbotsverfahren

„Thüringen ‚avanciert‘ immer mehr zu einem zentralen Veranstaltungsort der Rechtsextremisten. Die Landesregierung muss endlich aktiv werden, um dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten“, forderte Bodo Ramelow mit Blick auf ein NPD-Verbot und zeitnahe Thüringer Aktivitäten im Bundesrat, damit ein entsprechender Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt wird. „Es ist doch absurd, wenn die SPD nur den CDU-Innenminister auffordert, aktiv zu werden, und so tut, als hätte der SPD-Justizminister nichts mit der Sache zu tun. Wer die Hälfte der Ministerposten der Landesregierung besetzt, kann es nicht bei einem Appell an Minister des Koalitionspartners belassen“, betonte der Fraktionschef der LINKEN und zeigte sich verwundert, dass das Ziel eines NPD-Verbotes nicht explizit in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurde. Im Übrigen müssten der Bund und die Länder alle Spitzel des Verfassungsschutzes aus der NPD und besonders ihrer Führung abziehen. Andernfalls wäre ein erneutes Scheitern des Verbotverfahrens vorprogrammiert.

Mit ganzer Kraft Oppositionsarbeit für die Belange der Bürger

Bodo Ramelow zum Fraktionsvorsitzenden gewählt/Sprecherfunktionen der LINKEN besetzt

Als „deutliches Signal für eine kraftvolle Oppositionsarbeit“ wertete Knut Korschewsky, Vorsitzender der LINKEN in Thüringen und Landtagsabgeordneter, die Neuwahl des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE im Landtag am 3. November: „Wir werden mit vollem Ein-

Fraktion. „Der rote Faden unserer Politik heißt: Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und in ihrem Sinne Politik gestalten sowie die Koalitionsarbeit kritisch zu hinterfragen“, fügte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, hinzu.



Der neu gewählte Fraktionsvorstand der LINKEN – Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer, Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende – mit dem Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky (r.) und dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Dieter Hausold (l.).

satz Oppositionsarbeit leisten, um einen wirklichen Politikwechsel und eine linke Regierung zu ermöglichen.“ Bodo Ramelow wurde als Fraktionsvorsitzender, Martina Renner als Stellvertreterin und André Blechschmidt als Parlamentarischer Geschäftsführer gewählt.

Ein besseres Schulsystem, das nicht auf Selektion, sondern auf Chancengerechtigkeit setzt, eine Reform der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen, mehr direkte Demokratie, eine bessere Familienpolitik und eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen nicht in der Arbeitslosigkeit oder prekären Beschäftigung zurück lässt – dies seien einige Arbeitsfelder der

Sprecherfunktionen

Die Fraktion hat sich über die Besetzung der Sprecherfunktionen verständigt und folgende Zuordnung vorgenommen: **Dieter Hausold:** Wirtschaftspolitischer Sprecher **Martina Renner:** Innenpolitische Sprecherin **André Blechschmidt:** Medienpolitischer Sprecher **Dr. Birgit Klaubert:** Kulturpolitische Sprecherin **Matthias Bärwolff:** Kinderpolitischer Sprecher **Sabine Berninger:** Migrations- und Integrationspolitische

Sprecherin **Petra Enders:** Energiepolitische Sprecherin **Dr. Thomas Hartung:** Gesundheitspolitischer Sprecher **Ralf Hauboldt:** Justizpolitischer Sprecher **Manfred Hellmann:** Sprecher für Landesentwicklung und Demografie **Susanne Hennig:** Sprecherin für Studierendenpolitik (Ausbildung) **Mike Huster:** Finanzpolitischer Sprecher **Margit Jung:** Familienpolitische Sprecherin (Senioren) **Dr. Karin Kaschuba:** Hochschulpolitische Sprecherin (Wissenschaft und Forschung) **Birgit Keller:** Haushaltspolitische Sprecherin **Katharina König:** Jugendpolitische Sprecherin (Antifa) **Knut Korschewsky:** Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher **Jörg Kubitzki:** Sozialpolitischer Sprecher (Europa; Pflege) **Tilo Kummer:** Landwirtschaftspolitischer Sprecher **Frank Kuschel:** Kommunalpolitischer Sprecher **Ina Leukefeld:** Arbeitsmarktpolitische Sprecherin **Dr. Gudrun Lukin:** Verkehrspolitische Sprecherin (Infrastruktur) **Heidrun Sedlacik:** Sprecherin für Petitionen, Städtebau und Regionalentwicklung **Michael Sojka:** Bildungspolitische Sprecherin **Karola Stange:** Gleichstellungs- und behindertenpolitische Sprecherin **Katja Wolf:** Umweltpolitische Sprecherin (Verbraucherschutz)

Scharfe Kritik auf tendenziöse Berichterstattung

Auf die Berichterstattung des mdr über angebliche Gewalttaten, Überprüfung der Aufhebung der Immunität von zwei Landtagsabgeordneten der LINKEN sowie Bußgeldzahlung gegen die Abgeordnete Susanne Hennig könne man nur mit Unverständnis reagieren, kritisierte Bodo Ramelow. Dies sei „eine Form der Verbreitung und ungeprüften Übernahme von Begriffen, die nicht Tatsachen entsprechen“.

So sei in Radioberichten aus einem behördeninternen Vorprüfungsverfahren ein Prüfungsverfahren zur Aufhebung der Immunität geworden und aus zwei Abgeordnetenbüros ein linker Jugendtreff. „Aus vermuteten Gewalttaten werden tatsächliche Gewalttaten gemacht, von denen zeitweise auf der Homepage des mdr wahrheitswidrig behauptet wird, sie wären von der Abgeordneten selber begangen

worden. Dass hierauf reflexartig der CDU-Innenexperte Fiedler mit Empörung reagiert, war nicht anders zu erwarten. Es verwundert nicht, dass reale Gewalt – insbesondere mit rechtsextremem Hintergrund – gegen Abgeordnetenbüros der LINKEN noch nie zu einer vergleichbaren Empörung geführt hat“, so Ramelow weiter. Bisher habe die CDU Wert darauf gelegt, dass Immunitätsfragen, besonders wenn es um eigene Abgeordnete ging, vertraulich behandelt werden, und zwar so lange, bis sie entschieden sind. „Wenn es aber um DIE LINKE geht, wird die Skandalisierung schon in der Vorprüfung begonnen.“

So wie man mit dem Wort „Bußgeld“ ein von den tatsächlichen Vorgängen losgelöstes, offenbar gewolltes Bild suggeriert habe, verhalte es sich mit dem Geschehen vor den Büros der Landtagsab-

geordneten in Erfurt, bei dem die Abgeordneten Susanne Hennig und Frank Kuschel ein rechtsstaatlich normiertes Verfahren zum Betreten der MdL-Büros erbeten haben. „Eine große Anzahl von Wahlkreisbüros sind in Ladenlokalen in Fußgängerzonen eingerichtet worden – gläsern, transparent und für jeden Bürger erreichbar. Medial wird aber unterschlagen oder bestenfalls in einem Nebensatz erwähnt, dass es sich dennoch um von Immunität geschützte Abgeordnetenbüros handelt. Das passt offenkundig besser zur gewollten Tendenz der Berichterstattung.“ Bodo Ramelow erwartet eine faire und korrekte Berichterstattung und verwahrt sich gegen jede Verwendung suggestiver Bilder und die Instrumentalisierung von Begriffen zum Zwecke einer tendenziösen Berichterstattung gegen die Abgeordneten und DIE LINKE.

„Weil Umweltpolitik für uns einer der zentralen Bereiche ist“

Aus der Diskussion im Thüringer Landtag zur Bildung der Fachausschüsse

In der Landtagssitzung am 4. November ging es neben der Vereidigung der Mitglieder der neuen Landesregierung auch um die Bildung und Stärke der Fachausschüsse im Landtag, wozu ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und der FDP vorlag sowie ein Änderungsantrag der LINKEN und dazu ein Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Für die Bündnisgrünen kritisierte die Parlamentarische Geschäftsführerin Astrid Rothe-Beinlich, dass es nur zehn Fachausschüsse im Landtag geben soll, womit „die Ministerien widerspiegelt werden sollen“. Ihre Fraktion sei jedoch für 12 Fachausschüsse. Ihnen gehe es darum, dass „die Ausschüsse für Bildung und Medien und der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur künftig auch als eigenständige Ausschüsse weiter existieren, so wie es in den letzten Jahren – auch wenn damals die Ministerienzuschnitte schon ähnlich waren – gewesen ist“. Es sei aus gutem Grund so gewesen, denn „Kultur ist eines unserer ganz besonderen Merkmale in Thüringen und auch ein ganz wichtiger Standortvorteil, von dem wir in Thüringen maßgeblich leben“. Jetzt werde „Kultur als ein weiteres Thema in dem großen Ausschuss Bildung, Wissenschaft und Kultur vorkommen, wir meinen, das wird dem Thema Kultur nicht gerecht“.

Eine Teilung wäre sehr sinnvoll

Ähnlich sei es bei der geplanten Zusammenlegung der Ausschüsse, die sich im Bereich Naturschutz/Umweltschutz wieder finden, so Rothe-Beinlich weiter. „Da soll es jetzt einen großen Ausschuss geben, der sich nennt: Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz“. Sie wollten aber nachdrücklich dafür werben, „auch hier zwei eigenständige Ausschüsse arbeiten zu lassen, nämlich ei-

nen Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Forsten – Verbraucherschutz kommt sonst gar nicht vor –, und einen eigenständigen Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Landesentwicklung“. Landesentwicklung gehöre aus ihrer Sicht ganz zwingend dazu, „gerade weil wir Ökologie und Ökonomie zusammen denken wollen“.

Die Grünen-Abgeordnete verwies auf den ähnlichen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE für den Bereich Umwelt, und hoffte, dass wenigstens dieser genügend Stimmen bekomme.

Für DIE LINKE hatte Tilo Kummer gesprochen und betont, dass seine Fraktion schon immer ein eigenständiges Umweltministerium gefordert hatte, weil „Umweltpolitik für uns eine der zentralen Bereiche, eine der drei Säulen der Nachhaltigkeit ist“. Er könne als Mitglied beider Ausschüsse in den letzten beiden Legislaturen sagen, „dass es in keinem der Ausschüsse Arbeitsmangel gab“ und er könne sich „auch schlecht vorstellen, wie das Arbeitspensum dieser beiden Ausschüsse in einem gemeinsamen Ausschuss bewältigt werden soll“.

Weiter sagte Tilo Kummer: „Wir hatten in beiden Ausschüssen viele auswärtige Sitzungen in der Vergangenheit und ich kann mich auch daran erinnern, dass es oft im Umweltausschuss Beschwerden gab über die Länge der Tagesordnung. Dies alles wäre zusammen an einem Ausschusstermin in Zukunft zu meistern, eine sehr wagemutige Versuchung. Deshalb empfehle ich Ihnen einfach, hier doch die Teilung vorzunehmen. Sie wäre arbeitsmäßig sehr, sehr sinnvoll und auch dem Anliegen geschuldet, gerade im Bereich des Umweltschutzes diese Säule der Nachhaltigkeit so zu würdigen, wie es ihr zusteht.“

Für nicht ganz glücklich halte er auch die Anbindung des Verbraucherschutzes an den Umweltausschuss. „Bisher hat sich der Landwirtschaftsausschuss ein

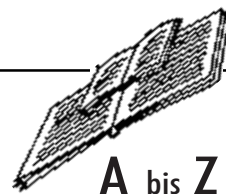
Stück weit damit beschäftigt. Das war aber auch nur bezogen auf die Frage Nahrungsmittelsicherheit, Ernährung, und das ist nur eine Facette des Verbraucherschutzes. Nichtsdestotrotz haben wir auch den Vorschlag gemacht, da wir keine andere Möglichkeit gesehen haben, auf die Schnelle hier wirklich eine übergreifende Lösung zu finden, den Verbraucherschutz wenigstens im Umweltbereich anzusiedeln oder aber, wenn dieser Antrag von uns abgelehnt wird, an diesen großen Ausschuss Landwirtschaft und Umwelt zu binden, um dem Thema trotz allem eine Plattform zu bieten.“

Die Anträge der Bündnisgrünen und der LINKEN wurden mehrheitlich abgelehnt.

LINKE hat Vorsitz in drei Fachausschüssen

Am 11. November konstituierten sich die zehn Fachausschüsse des Thüringer Landtags. Während Abgeordnete der CDU den Vorsitz im Wirtschaftsausschuss, im Ausschuss für Soziales und Familie, im Bildungsausschuss sowie im Petitionsausschuss stellen, führen mit Mike Huster im Haushalts- und Finanzausschuss, Tilo Kummer im Umweltausschuss und Ralf Hauboldt im Justizausschuss Landtagsabgeordnete der LINKEN diese parlamentarischen Beratungsgremien. Die SPD hat den Vorsitz des Innenausschusses sowie des Verkehrsausschusses, die FDP den Vorsitz des Ausschusses für Gleichstellungsfragen.

Die Fachausschüsse sind parlamentarische Gremien, deren Aufgabe vor allem darin besteht, die Entscheidungen des Plenums inhaltlich vorzubereiten. Die Fraktionen sind in den Ausschüssen gemäß ihrer Mitgliederstärke vertreten, was auch bedeutet, dass die Grünen keinen Ausschuss-Vorsitz erhielten. ■



A bis Z:

Bildungsstreik

Mit einer Neuauflage des Bildungsstreiks protestieren Thüringer Studenten gegen schlechte Studienbedingungen. Nach Auftaktdemonstrationen am 17. November sind weitere Aktionen vom 30. November bis 4. Dezember geplant. Im aktuellen „Ländercheck Wissenschaft“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zum Stand der Studienreform landen die Thüringer Hochschulen weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen.

MdL Dr. Karin Kaschuba erklärte die Unterstützung der LINKEN für grundlegende Verbesserungen im Hochschulbereich. Die dringend notwendige Reform des Bologna-Prozesses sei überfällig. „Angesichts der inhaltlichen Überfrachtung der Bachelor- und Masterstudiengänge, des extremen Zeit- und Anwesenheitsdrucks und des unsicheren Zugangs zum Master muss jetzt für sinnvolle Änderungen gesorgt werden.“

„DIE LINKE streitet weiter für entgeltfreie Bildung und damit für einen chancengerechten Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Versteckte Studiengebühren wie die Verwaltungskostenbeiträge müssen schnellstens abgeschafft werden“, sagte MdL Susanne Hennig.

DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums in der Thüringer Verfassung verankern soll. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Nach den ersten „ordentlichen“ Sitzungen des Thüringer Landtags am 19. und 20. November sind die nächsten Plenarsitzungen für den 17. und 18. Dezember angekündigt

Ausstellung:

Bilder des Arnstädter Künstlers Dorsten Klauke sind in der Ausstellung „Kinski, Geoidisches und die Sinnlichkeit der Sehnsucht“ bis zum 8. Januar im Landtag zu sehen. Für den künstlerischen Leiter der Kunsthalle Arnstadt ist dies die erste große Ausstellung in Erfurt.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter: www.die-linke-thl.de

Flüchtlinge

DIE LINKE hat die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung der am 31.12.2009 auslaufenden so genannten Altfallregelung einzusetzen und sich auf eine Initiative im Sinne der betroffenen Flüchtlinge verständigt, um gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen für eine humanitäre Lösung des Problems einzutreten. „In Thüringen stehen akut etwa 450 Menschen vor der prekären Situation eines ungewissen Aufenthaltsstatus“, sagte MdL Sabine Berninger und verlangt von Bundes- und Landespolitik schnelles Handeln. Die Linksfraktion hat Flüchtlings- und Wohlfahrtsorganisationen, Gewerkschaften, Medien und andere relevante Organisationen zu dieser gemeinsamen Initiative eingeladen. ■

Rundfunkgebühren

Anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz zum 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag hatte MdL André Blechschmidt u.a. darauf verwiesen, dass seit nunmehr zehn Jahren – damals wurde die PC-Gebühr erstmals debattiert und staatsvertraglich verankert – ein neues Rundfunkgebührenmodell diskutiert wird. Damals wie heute ist für den Medienpolitiker der LINKEN klar, dass die PC-Gebühr wieder abgeschafft, Museen, Universitäten und Fachhochschulen, Bibliotheken wie auch Feuerwehren sowie Studierende von der Rundfunkgebühr befreit werden müssen. „Da ein Gebührenzahler nur an einem Ort Rundfunk empfangen kann, muss die unsinnige Zweit- bzw. Drittgebühr für Dienstwagen oder Zweitwohnung abgeschafft werden.“ ■

Sozialgerichte

Mit Blick auf die Ergebnisse der Justizministerkonferenz forderte MdL Ralf Hauboldt, dass die Initiativen zum Thema Entlastung der Sozialgerichte auch von Thüringen intensiv unterstützt werden. Dabei dürfe es nicht abstrakt um bloße Rechts- und Anwendungssicherheit der Vorschriften gehen, die Klärung der Problempunkte bei den Hartz-IV-Regelungen müsse zugunsten der betroffenen Leistungsbezieher erfolgen. Der Justizpolitiker der LINKEN verlangte auch, dass es möglichst zeitnah konkrete Gesetzesänderungsvorschläge geben müsse und Thüringen im Bundesrat aktiv wird. Dabei müssten auch die Vorarbeiten anderer Bundesländer kritisch gesichtet werden. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Insolvenzen nehmen zu

Mit Verweis auf die aktuelle Thüringer Insolvenz-Statistik sagte der Landtagsabgeordnete Dieter Hausold an die Adresse der Landesregierung, dass „Augenwischerei, Schönfärberei und Tatsachenverdrehung dem Thüringer Mittelstand nicht weiterhelfen“. Fast jeder sechste Insolvenzantrag betrifft ein kleines oder mittelständisches Unternehmen, knapp elf Prozent Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung verwundere die Linksfraktion nicht.

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise habe sie mit zahlreichen parlamentarischen Aktivitäten darauf gedrängt, dass die Sicherung der Liquidität der Thüringer Mittelstandsbetriebe und damit der Arbeitsplätze im Mittelstand im Fokus aller Maßnahmen – sei es aus dem Konjunkturpaket des Bundes oder aus Landes-, Bundes- und ESF-Fördermitteln – stehen muss.

Die Situation sei eine „Quittung für Nichtwissen, Uneinsichtigkeit und Sturheit der ‚alten‘ Landesregierung. Bleibt zu hoffen, dass das ‚neue‘ Wirtschaftsministerium handlungsfähiger und vor allem handlungswilliger ist, wenn es um die Mittelstandsförderung in Thüringen geht, denn die statistischen Zahlen zum Insolvenzgeschehen in den ersten acht Monaten sind nur die Spitze des Eisberges“, betonte der LINKEN-Politiker. ■

Peinlich und deprimierend

„Die Art und Weise, wie in Thüringen mit der Kinderarmut umgegangen wird, ist peinlich und tief deprimierend“, sagte der LINKEN-Abgeordnete im Thüringer Landtag, Matthias Bärwolff, und kritisierte den auf der Vertreterversammlung der Caritas demonstrierten Konsens zwischen Wohlfahrtsverbänden und regierenden Politikern in Thüringen scharf.

Offensichtlich genüge es einigen bereits, wenn Politik die sich ausbreitende Kinderarmut „überhaupt wahrnimmt, ohne dass irgendwas dagegen unternommen wird. Wer sich darüber freut, dass Beratungsleistungen derzeit noch nicht gekürzt werden, hat die zivilisatorische Scham, die die Kinderarmut für eine so reiche Gesellschaft wie die unsere bedeutet, nicht begriffen.

Wenn die CDU-Bundestagsabgeordnete Tillmann sagt, Ziel einer Neuberechnung müsse es sein, die Hartz-IV-Leistungen für Kinder auf dem bisherigen Niveau zu halten, so muss dies eigentlich einen Sturm der Entrüstung hervorrufen“, betonte der kinderpolitische Sprecher der LINKEN. ■

„Wir werden auf euren Rat und eure Kritik gerne zurückgreifen“

Würdigung der Verdienste der ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten der LINKEN

Eine bewegende Veranstaltung mit Gästen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen war die Verabschiedung von Landtagsabgeordneten der LINKEN, die der neuen Fraktion nicht mehr angehören. Es sind Werner Buse, Monika Döllstedt, Dr. Ruth Fuchs, Michael Gerstenberger, Dr. Roland Hahnemann, Ralf Kalich, Benno Lemke, Maik Nothnagel, Dr. Johanna Schering-Wright und Diana Skibbe.

Obwohl DIE LINKE bei den Landtagswahlen am 30. August an Stimmen zulegen konnte (von 26,1 Prozent 2004 auf jetzt 27,4 Prozent) bilden aufgrund den Einzugs zweier weiterer Fraktionen (B90/Grüne und FDP) und der entsprechenden Aufteilung der 88 Mandate auf

erreichten.

Die Verabschiedung fand am 4. November im Landtag statt, was Dieter Hausold, den ehemaligen Fraktionschef, zu Beginn seiner Rede veranlasste,

men sind, die nach den Wahlen vom 30. August nicht mehr dem Thüringer Landtag angehören“, wollte er dies „vor allem uns, denjenigen, die unserer Fraktion in der 5. Wahlperiode des Thüringer



die nunmehr fünf Fraktionen statt bisher 28 jetzt „nur“ 27 Abgeordnete die Fraktion DIE LINKE. Hinzu kam, dass die gewonnenen 14 Direktmandate – weitere waren z.T. nur knapp verpasst worden – Kandidaten der LINKEN auf eigentlich aussichtsreichen Listenplätzen den Einzug in den Landtag nicht

mit der WASG die Partei DIE LINKE entstand. Dieser Tag hat also mit unserem gemeinsamen politischen Wirken heute und in den vergangenen 20 Jahren zu tun.“

Dieter Hausold unterstrich: „Politische Mandate sind Mandate auf Zeit.“ Und, weil „wir heute mit jenen zusam-

zunächst auf die Bedeutung dieses Tages hinzuweisen – einem Tag, „der letztlich auch viel damit zu tun hat, dass aus der SED im grundsätzlichen Bruch mit dem Stalinismus die PDS wurde, aus der wiederum nach dem Zusammengehen

Landtags angehören, verdeutlichen“. Dies sei auch „Teil der Freiheit des Mandats, zu wissen, dass frau/man es nur auf Zeit inne hat“ – den Interessen der Wählerinnen und Wähler verpflichtet.

Dieter Hausold würdigte die Verdienste der ausgeschiedenen Abgeordneten. So verwies er darauf, dass Ruth Fuchs, Michael Gerstenberger und Roland Hahnemann schon seit 1990 Abgeordnete im Landtag bzw. im Bundestag waren. Damals sei es „nicht karriereträchtig gewesen, sich zur PDS zu bekennen – das sollten wir nicht vergessen. Unsere Erfolge in den nachfolgenden Jahren bauen auf dem Engagement solcher Menschen auf“. Werner Buse, der seit 1999 dem Thüringer Landtag angehörte, hatte sich in den Jahren zuvor im Eichsfeld u.a. als Kreisvorsitzender engagiert und war auch stellvertretender Landesvorsitzender. In der Landtagsfraktion hatte er nach dem Weggang Gabi Zimmers ins Europaparlament zunächst den Fraktionsvorsitz inne und war dann Parlamentarischer Geschäftsführer. Werner Buse hatte nicht erneut für den Landtag kandidiert, obwohl er sicher gute Aussichten gehabt hätte, wieder einzuziehen.

Dieter Hausold würdigte jeden der ausgeschiedenen Abgeordneten und nutzte die Gelegenheit, ihnen nochmals ausdrücklich für ihre parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit zu danken. Dabei gehe es ihm nicht um eine Verabschiedung, denn sie seien alle politisch aktiv und „wir werden auf euren Rat und eure Kritik gerne zurückgreifen“.

Dem Dank schloss sich der gerade am Vortag neu gewählte Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow an. Auch er hoffe auf die Unterstützung der „formal ausgeschiedenen Abgeordneten“, denn die Aufgaben in der Politik – und das zeige dieser Tag, an dem der Existenzkampf der Opel-Beschäftigten neu entbrannt ist, einmal mehr – „werden nicht geringer“. ■

A. Rudolph

Laugenentsorgung wieder völlig offen

Zu den sich aus der Abwasserentsorgung der Kaliindustrie ergebenden Umwelt-Problemen, die in Anbetracht des Ende November auslaufenden Härtegrenzwerts für die Werra erneute Dringlichkeit erlangen, fordert die Fraktion DIE LINKE, dass die Thüringer Landesregierung unverzüglich handeln muss und hat deshalb einen Antrag auf Sondersitzung des Umweltausschusses und Berichterstattung der Landesregierung gestellt.

Nach Ansicht der umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der LINKEN von Niedersachsen, Thüringen und Hessen stellen die aktuellen Empfehlungen des Runden Tisches keine Lösung der Entsorgungsproblematik bei Kali+Salz dar. Es sei fraglich, ob eine Pipeline in die Weser oder in die Nordsee überhaupt genehmigungsfähig sei. Die Vertreter der LINKEN forderten die Landesregierungen der Werra-Weser-Anrainerländer auf, sich für wirkliche Alternativen stark zu machen – „insbesondere solche, die eine viel höhere stoffliche

Verwertung der Reststoffe ermöglichen“, betonte die Thüringer Landtagsabgeordnete Katja Wolf. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Kaliproduktion ein, die „nur auf der Grundlage moderner, ressourcen- und umweltschonender Produktionsmethoden eine wirkliche Zukunft hat“.

Die von K+S entwickelte neue integrierte Salzwassersteuerung (NIS) wurde während der letzten Sitzung des Runden Tisches sowohl von der hessischen als auch der thüringischen Landesregierung als weitere Verpressung, welche nicht mehr genehmigungsfähig ist, abgelehnt. „Die Gefährdung des Grundwassers ist offensichtlich“, so Katja Wolf, die darauf verweist, dass sich K+S in der Sitzung deutlich gegen den Bau einer Pipeline an die Nordsee ausgesprochen habe. „Da es offensichtlich keinen Plan B gibt, ist die Entsorgung der Lauge wieder völlig offen – die Keule der Werksschließungen wurde von K+S sofort geschwungen. Ich finde das skandalös.“ ■

Das Thema Der Lügner

Denn es geht um die gesamte Region in Thüringen

Aus der Debatte in der Landtagssondersitzung zur Unterstützung von Opel und Zulieferern

Auf Antrag der LINKEN hatte sich der Thüringer Landtag in einer Sondersitzung am 10. November mit der Situation bei Opel beschäftigt. Die Debatte, bei der es nicht zuletzt auf Initiative des Fraktionsvorsitzen der LINKEN, Bodo Ramelow, schnell zu einer Einigung zwischen Landesregierung und Landtag kam, war von einer Abordnung Eisenacher Opelaner – in ihren weißen Hemden auf der Besuchertribüne – gespannt verfolgt worden (unser Foto).

Im Folgenden Auszüge aus der Rede Bodo Ramelows:

Mit Arbeitsplätzen darf man nicht Monopoly spielen. Das sage ich ganz bewusst und vorweg, denn es geht nicht nur um die Arbeitsplätze bei Opel, es geht um die Arbeitsplätze bei den direkten Zulieferbetrieben und bei den Zulieferbetrieben der Zulieferbetriebe. Es geht um die gesamte Region in Thüringen. Immerhin bis zu 20 Prozent unseres Industriepotenzials hängen direkt oder indirekt an der Verclustering in diesem Automobilsegment. Die Frage, ob ein solches Unternehmen in Thüringen noch produzierend vorhanden ist, ist für uns von entscheidender Wichtigkeit.

Wir erleben gerade, dass der gesamte Automotivebereich auf die Watchliste der Banken gesetzt worden ist, dieselben privaten Banken, die zurzeit Staatsknete nehmen und Monopoly spielen, als wenn nichts gewesen wäre. Die kommen derzeit ihrer Verpflichtung nicht nach, den Betrieben, die Eigenkapitalsicherung und Eigenkapitalunterstützung brauchen, Geld zur Verfügung zu stellen. Denen helfen auch keine weiteren Zuschüsse. Denen hilft nur Eigenkapital oder eigenkapitalersetzende Maßnahmen.

Ich sage das deswegen auch in Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen von Opel Eisenach, weil ich zurzeit E-Mails bekomme von Menschen aus Thüringen, die sagen, hört doch auf, über Opel zu reden, ihr macht alles für Opel und für alle anderen tut ihr nichts. Dabei wird übersehen, wenn Opel nicht mehr da wäre, wären die kleinen und mittelständischen Betriebe, die alle an dem Cluster hängen, auch weg. Mir ist es – ehrlich gesagt – zu wenig, wenn Ihr nur den Corsa baut. Ich möchte, dass Opel Eisenach in Zukunft ein innovatives Leistungszentrum wird, bei dem auch der Ampera eine Zukunft hätte und wir ein Forschungs- und Entwicklungszentrum wären. Insoweit unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bemühen, in die Richtung zu agieren.

Vor einem Jahr hat Herr Forster öffentlich angekündigt, dass Opel Europa Hilfe braucht. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Opel-Werke alles atomisierte Produktionsstandorte des weltweit agierenden Konzerns sind und

dass das einzelne Werk in der Konzernstrategie überhaupt keine Rolle spielt, sondern dass die Werke immer nur in einer bestimmten Funktion eingesetzt werden. Eisenach ist über Jahre hinweg als Benchmarkwerk gegen den Rest der Welt eingesetzt worden. Je besser ihr produziert habt, desto mehr haben die in Korea oder sonstwo gewusst, wie man das Wort „Eisenach“ schreibt, nämlich, um deren Produktionskenn-

litätskonzern, dann dürfen wir nicht nur die vier Standorte in Deutschland nehmen. Ich war langjährig der Vorsitzende der deutsch-spanischen Parlamentsgruppe, ich habe mit dem spanischen Botschafter regelmäßig im Kontakt gestanden, ich war in Saragossa, ich kenne die Leistungsfähigkeit von Saragossa und weiß, dass wir mit Spanien und Belgien und England uns verständigen müssen. Sonst werden sie uns in jeder

bei der dann General Motors ein gleichberechtigter Partner im Konzern wäre. Aber er wäre Aktionär; die Aktiengesellschaft unterliegt dann dem Aktionärsschutz und kann nicht so angewendet werden, wie wir es gerade bei Eisenach erleben.

Ich habe es sehr begrüßt, Frau Präsidentin, als Sie als amtierende Ministerpräsidentin auf der Eisenacher Solidaritätskundgebung in deutlichen Worten alle Optionen vorgestellt haben. Alle Optionen hieß damals auch die Option, Eigentum zu bilden. Ich fand das einen mutigen Schritt. Dann erlebe ich kurze Zeit später, dass auf einmal aus ideologischen Gründen gesagt wird, aber Eigentum darf nie gebildet werden, daraus entsteht Volkseigentum oder VEB Opel. Das ist einfach ideologischer Unsinn. Während Amerika die Verstaatlichung vorgenommen hat, hat die Bundesrepublik Deutschland so getan, als ginge sie das nichts an. Herr von und zu Guttenberg hat dann öffentlich immer wieder gesagt, wir prüfen alles in alle Richtungen und man hatte den Eindruck, dass da eher bayerische Interessen als wirklich politische Interessen eine Rolle gespielt haben, dass man da ein bisschen Marktberreinigung macht und einen lästigen Konkurrenten los wird.

Ich möchte, dass wir gemeinsam für den Standort Eisenach, für die Zulieferindustrie und den Originalkonzern kämpfen und ich begrüße das, dass die Landesregierung eine Idee der LINKEN aufgegriffen hat eine Task-Force zu bilden. Wir plädieren dafür, dass wir gemeinsam mit den Beschäftigten, gemeinsam mit der IG Metall die Frage der Mitarbeiterbeteiligung in den Vordergrund stellen, auch die Frage der Ausfallbürgschaften für die Händler, für die Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaften von der Bundesregierung abverlangen. Ich finde es völlig richtig, einzufordern, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie mit den vier Ländern gemeinsam eine Strategie erarbeitet, wie man dann auf den GM-Konzern zugeht. Wenn der GM-Konzern sich dann entscheiden würde, am Ende eines solchen Entwicklungsprozesses ein industrieller Partner zu sein, dann allerdings unter der Bedingung, dass er nur Aktionär ist und ingenieurtechnische Leistung gegen Gegenleistung verrechnen muss. Wenn wir eine solche Loslösung betreiben würden, dann würden wir den Automobilstandort Thüringen systematisch ausbauen. Dann beginnt die Zukunftüberlegung, tatsächlich über das Elektroauto, über die Speicherkapazität, über die Speicherbindung zum Stromnetz, die Modernisierung der gesamten industriellen Strukturen voranzutreiben. Ich glaube, dass die Frage der Verbindung zwischen Speichertechnik, Antriebstechnik und Strommodernisierung ein Zukunftsthema für die nächsten hundert Jahre ist. ■



ziffern zu drücken. Opel war nie ein europäischer Konzern, deswegen ist unsere Lesart, aus der Marke „Opel“ muss ein Konzern „Opel“ werden, muss eine Aktiengesellschaft werden. Es muss ein europäischer Konzern sein, der kann dann auch nach Aktienrecht verfasst sein, aber es muss ein eigenständiger Konzern sein, und zwar unabhängig davon, ob GM beteiligt ist oder Ripplewood oder Magna. Bei Ripplewood will ich nur in Erinnerung rufen, das sind die, die gesagt haben, Eisenach für zwei Jahre stilllegen und alle in Kurzarbeit schicken. Dann hätten wir die 1.700 in Kurzarbeit und fünf- bis sechsmal so viel bei den Zulieferern und soundsoviel Betriebe, die gleich hops gegangen wären, nur weil ein Finanzmakler damit Kohle zocken will.

Es geht uns bei der Antragstellung nicht einfach nur um ein „Weiter so“ in Eisenach. Wir müssen uns einen Plan machen. Ich möchte ihn ja gar nicht in aller Öffentlichkeit erläutert bekommen, aber ich hätte schon das Bedürfnis, deutlich zu sagen, dass keine Staatsgelder mehr in Unternehmen fließen, ohne dass dafür nicht Eigentumsrechte gebildet werden. Warum soll man denn mit staatlicher Hilfe privatrechtliche Unternehmen sanieren, wenn anschließend das Geld privat verwirtschaftet wird oder ein Finanzinvestor einfach das Unternehmen ausnimmt. Aus meiner Sicht gab es eine Überlegung, die mahne ich zur Diskussion an: Wenn wir aus der Marke Opel einen Konzern Opel, einen aktienrechtlichen Konzern entstehen lassen, einen Mobi-

Entscheidung, wo wir Staatsgeld geben, über die EU ausknocken. Insoweit müsste man das staatliche Geld einsetzen, um diese Aktiengesellschaft entstehen zu lassen. Ich verweise ausdrücklich auf ein sehr erfolgreiches Staatsmodell, das heißt VW. Das hat die VW-Beschäftigten gerade vor einer unbotmäßigen Übernahme durch Porsche, durch Porsche-Finanzanlagestrategien, geschützt.

Unsere Vorstellung wäre, dass man am Schluss eine Opel Aktiengesellschaft entstehen lässt, bei der der Staat, gebildet aus den vier Bundesländern, 25,1 Prozent Anteile hält – also Staatsgeld nur gegen Eigentum. Das heißt damit überhaupt nicht, eine Entscheidung gegen GM zu treffen. Das heißt nur, eine eigenständige Struktur entstehen zu lassen, damit aus Detroit nicht ständig zugegriffen werden kann auf einen einzelnen Standort rund um den Globus, und das Ausspielen von einem Standort gegen den anderen. Es gab das Angebot der Händler, bis zu 20 Prozent Eigentumsanteil aus dieser entstehenden Aktiengesellschaft zu übernehmen. Ich habe im Bundestag damals den Bundeswirtschaftsminister gefragt, ob er bereit wäre, eine Ausfallbürgschaft für ein solches Beteiligungsmodell der Mitarbeiter und der Händler zu gewähren. Die Bundesregierung hat gesagt, sie können sich das vorstellen, wenn damit eine Eigentumsstruktur entsteht; warum nicht 15 Prozent der Händler, 10 Prozent der Mitarbeiter – das wären 25 Prozent, 25,1 Prozent die vier Bundesländer und wir hätten eine Sperrmajorität,

Ein Plädoyer gegen den „Wirtschaftswachstumswahnsinn“

Philosoph und Anthropologe Prof. Dr. Frithjof Bergmann: Neue Ökonomie bricht Macht der Konzerne

Mit einem Plädoyer gegen den WWW, den „Wirtschaftswachstumswahnsinn“, wandte sich am 5. November in Erfurt Prof. Dr. Frithjof Bergmann an seine Zuhörer. Der Deutschamerikaner referierte auf Einladung der Linksfraktion und des linken Unternehmerverbandes OWUS im Landtag. Bereits 2004 und 2005 war er Gast der damaligen PDS-Landtagsfraktion.

Gerade Wachstum könne keine Antwort auf die gegenwärtige Krisensituation – deren Dimension noch dazu unterschätzt werde – sein, machte Bergmann deutlich. Schon der Begriff „Finanzkrise“ sei falsch, betonte er einleitend. „Finanzkrise, das ist doch nur ein Vorhang, hinter dem man eine ganze Reihe von Krisen versucht zu verbergen“, so der Philosoph und Anthropologe aus Ann Arbor. Dazu müsse mindestens eine Wirtschaftskrise, eine Ressourcenkrise, eine ökologische Krise und eine Bildungskrise gezählt werden. Der gefährlichste Prozess sei jedoch eine Erscheinung, die Bergmann als „Schlachtspaltung“ bezeichnete. Die Gesellschaften seien weltweit nicht nur gespalten, erläuterte er, man stehe sich auch in einer Art Schlachtordnung gegenüber, bereit, in den Kampf zu ziehen. In dieser globalen Perspektive sei die Menschheit gegenwärtig in 20 Prozent reiche „Oasen-“ und 80 Prozent arme „Wüstenmenschen“ gespalten.

Als wirkungsmächtige Ursache für diese Spaltung identifiziert Bergmann das jetzige Arbeitssystem. Seine Einschätzung ist ernst zu nehmen, hat er sich doch seit drei Jahrzehnten als Hochschullehrer, Forscher und Berater welt-

weit mit der Gegenwart und Zukunft der Arbeit beschäftigt. Bergmann benennt denn auch drei Merkmale des Arbeitssystems, denen er negative Wirkungen beimisst: Automatisierung, Globalisierung und Landflucht.

In dieser Perspektive ist die Ablehnung der Wachstumsideologie nur folgerichtig: Wachstum schafft menschl-



che Arbeit ab, bereits jetzt ist die Wirtschaft von Überproduktion gekennzeichnet. Den aktuellen Zustand der globalen Ökonomie bezeichnete Bergmann zudem als „das Ende einer Epoche“. Es gebe kein zurück in die Vergangenheit. Er setze sich deshalb nicht für einen „Ausweg“ aus der Situation ein, sondern dafür, einen „Aufstieg“ zu finden – worunter Bergmann eine neue Art zu arbeiten versteht, eine neue Wirtschaft, eine neue

Kultur.

Dazu zählt der Wissenschaftler, der derzeit Regierungen in Afrika berät und einer Unternehmerinitiative in Detroit vorsteht, den Einstieg in eine zweite, komplementäre Wirtschaft. Dort müsse für ärmere Gesellschaftsschichten der Zugang zu moderner Technologie realisiert werden. Moderne Technologie bre-

che die Macht der großen Konzerne und deren Erpressungspotential, appellierte Bergmann insbesondere an linke Politiker und Unternehmer: „Macht verschiebt sich mittels Technologie!“ Für Bergmann ist in den Industriestaaten der Weg zu einem Arbeitsmodell nötig, bei dem etwa ein Drittel der wöchentlichen Arbeitszeit mit einer Form von Lohnarbeit, ein Drittel mit Familienarbeit oder Arbeit für das Gemeinwohl und ein Drittel mit kreativer Arbeit, die man „wirklich, wirklich will“, absolviert wird.

In der Diskussion wurden diese Gedanken aufgegriffen und vielfältig hinterfragt. Der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel fasste als Moderator die Debatte zusammen: es sei politische Aufgabe der LINKEN, solche emanzipatorischen Ansätze zu unterstützen. Und da war sich die große Mehrheit der Zuhörer einig: Es handelt sich um ein sinnvolles Projekt, das über den Alltag hinaus reicht.

Stefan Wogawa

Auch das noch!

Unter dieser Rubrik spießt Stefan Wogawa kurz, bündig und satirisch die wichtigen und weniger wichtigen Dinge des Lebens auf:

Alle auf der Suche

Gerade die Krise ist die Zeit, in der verstärkt gesucht wird.

Angela Merkel sucht den Bundeshaushalt nach Potential ab, die Steuern zu senken. Die SPD sucht sich selbst. Viele Menschen suchen Arbeit (in Thüringen Ende Oktober fast 221.000, davon 120.500, die offiziell als arbeitslos registriert sind). Andere suchen den Nervenkitzel. Wem es dabei nicht ausreicht, bei der Wahl sein Kreuz bei der FDP zu machen, der hat auch alternative Möglichkeiten. Die Geisterbahnen haben aktuell Konjunktur. Über Umsatzzuwächse berichtet jedenfalls der Präsident des Deutschen Schauspielerbundes.

Der Papst lässt Außerirdische suchen. Während einer Tagung über Astrobiologie im Vatikan wurde die Frage erörtert, ob es denn auch auf anderen Welten intelligente Lebensformen gebe (früher wäre man für derartige Spekulationen im günstigsten Fall von der Inquisition nur verbrannt worden). Doch die Zeiten haben sich geändert und die Teilnehmer der Konferenz – aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Chile und Schweiz –, unter denen auch Nicht-Katholiken gewesen sein sollen, rechnen sogar damit, dass die Suche bereits in den nächsten Jahren Erfolge zeigen wird.

„Und wer da sucht, der findet“, zitiert die Bibel den Religionsstifter Jesus von Nazareth (Lukas 11,10). Nicht nur blinde Hühner finden Körner. So genannte „Grenzwissenschaftler“ wollen nämlich herausgefunden haben, dass US-Präsident Obama schon am 27.11. des laufenden Jahres eine Ansprache halten wird, um über die Kontakte der USA zu außerirdischen Zivilisationen zu reden.

Das ist gar nicht mehr lange hin. Da würde nicht zuletzt der Papst alt aussehen mit seiner Konferenz. Doch es gilt, an den Witz von Science-Fiction-Fans zu erinnern: Was soll die Suche nach außerirdischer Intelligenz, wenn es schon so verdammst schwer ist, Intelligenz hier bei uns auf der Erde zu finden?

Landesregierung muss Farbe bekennen

„Die CDU/SPD Landesregierung kann mit der Unterstützung der LINKEN rechnen, wenn sie im Bundesrat Steuerrechtsänderungen des Bundes blockiert, die zu Einnahmeverlusten im Landeshaushalt führen“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel.

Die Landesregierung muss sich dabei an ihren eigenen Maßstäben, die in der Koalitionsvereinbarung formuliert wurden, messen lassen. Hier haben CDU und SPD unter anderem vereinbart, im Bundesrat keinem Gesetz zuzustimmen, das Einnahmeverluste für das Land zur Folge hätte.

Aktuell hat die Landesregierung die Möglichkeit, die Verbindlichkeit der Koalitionsvereinbarung einem Praxistest zu unterziehen. Konkret geht es um das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Durch die darin enthaltenen steuerrechtlichen Neuregelungen entstehen für Thüringen Steuerausfälle in Höhe von 60 bis 70 Mio. Euro jährlich. Die Thüringer Kommunen müssten jährlich mit mindestens 30 Mio. Euro Steuerausfällen

rechnen.

„Die Landesregierung ist aufgefordert, ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf zu versagen. Alles andere wäre nicht nur ein Bruch der Koalitionsvereinbarung, sondern auch eine inakzeptable Wählertäuschung“, erklärte Frank Kuschel.

Der Gesetzentwurf ist auch deshalb abzulehnen, weil er in perverser Form soziale Spannungen verstärkt. Die im Gesetz enthaltene Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro wird für Hartz-IV-Empfänger zu einem Nullsummen Spiel. Bei den Betroffenen wird die Erhöhung mit der Regelsatzleistung verrechnet. Die Bundesregierung ist sich nicht zu schade, im Gesetzentwurf dies als Einsparung für den Bundeshaushalt in Höhe von 526 Mio. Euro jährlich zu deklarieren. Deutlicher kann man die Aufgabe des Sozialstaates nicht formulieren. „Die neue Thüringer Landesregierung hat sich zum Sozialstaat bekannt und muss deshalb konsequenterweise diese von der Bundesregierung geplante Regelung ablehnen“, so der Linkspolitiker Frank Kuschel abschließend.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Ralf-Dieter May
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.